

Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht

Didaktik und Methodik im Bereich Deutsch als Fremdsprache

ISSN 1205-6545 Jahrgang 18, Nummer 2 (Oktober 2013)

KulturZeitRaum

Das Feuilleton der ZIF

Parlamentswahl in Deutschland 2013

Am 22. September 2013 haben in Deutschland Wahlen zum deutschen Bundestag stattgefunden. Dabei ist eine kleine Partei, die jahrzehntelang, aber mit gelegentlich wechselnden Regierungspartnern, in der Bundesregierung und damit an der Macht war, an der sogenannten Fünfprozenthürde gescheitert und so in der kommenden Legislaturperiode nicht mehr im Parlament vertreten. Eine neue Partei, deren Programm sich im Wesentlichen darauf beschränkt, den Euro zu bekämpfen, hat auf Anhieb fast ebenso viele Stimmen wie die bisherige kleine Regierungspartei erreicht; sie ist aber ebenfalls an der Fünfprozenthürde gescheitert. Fast, aber eben nicht ganz, die absolute Mehrheit der Parlamentssitze hat die konservative „C-Union“, das C steht für „christlich“, für sich verbuchen können. Über 15 Prozent weniger Stimmen erhielt die zweitgrößte Partei in Deutschland, eine Partei, die die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ in ihrem Namen trägt. Auf etwa jeweils die Hälfte der Stimmen dieser Partei kamen zwei weitere Parteien, zum einen eine ökologische, zum anderen eine linke Partei. Rein rechnerisch könnten die drei zuletzt genannten Parteien koalieren und eine neue Bundesregierung bilden. Sozialdemokratisch, ökologisch und links, warum nicht, müssen doch alle zu den Bundestagswahlen zugelassenen Parteien auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sind damit grundsätzlich untereinander koalitions- und damit regierungsfähig. Diese Parteien sind sich aber nicht grün, das heißt, sie vertrauen sich nicht. Das über die gemeinsamen Grundvorstellungen Verbindende an einer solchen linken Regierung wäre indessen die wohl angenehme Vorstellung, nicht mit der größten Partei regieren zu müssen, die es in der Vergangenheit perfekt verstanden hat, Erfolge für sich und wenig Ruhmreiches für den kleineren Koalitionspartner verbuchen zu lassen.

Die hier angestellten Überlegungen leuchten wahlarithmetische Möglichkeiten aus, die sich durch das Wahlergebnis eröffnet haben. Im Vordergrund der medialen Wahrnehmung und des öffentlichen Diskurses in Deutschland, mehr aber noch im europäischen Ausland, steht jedoch die Tatsache, dass die große Regierungspartei, und an deren Spitze die mächtigste Frau Deutschlands, auf noch mehr Wählerzustimmung gestoßen ist als bei den letzten Bundestagswahlen. Mit den weitaus meisten Parlamentssitzen von allen Parteien ausgestattet, wählt sich die bisherige Bundeskanzlerin ihre Gesprächs- und künftigen Koalitionspartner aus, guten Gepflogenheiten folgend, zunächst die Partei mit dem zweithöchsten Anteil an Parlamentssitzen. Das Problem dabei ist nur, dass jene Partei mit der großen Regierungspartei die vorletzte Regierung gebildet und danach ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis eingefahren hat. Noch heute sitzt dieser Schreck tief. Alternativ denk- und realisierbar ist eine Regierung der großen Regierungspartei mit den Ökologen; die Morgengabe hierfür hat die Bundeskanzlerin schon im Frühjahr 2012 nach dem japanischen Reaktorunfall eingebracht, als sie über Nacht und im Alleingang den deutschen Ausstieg aus der Atomenergie beschloss und ihre Regierung mit der daraus resultierenden Energiewende beauftragte. Die Sache selbst hat den Ökologen wohl gefallen, allein, eine Kanzlerin, die so ökologisch ist wie die Ökologen selbst, könnte im Laufe einer Amtszeit auch die Ökologen an den Rand der Bedeutungslosigkeit und unter die Fünfprozenthürde befördern.

Die Furcht vor einer Parteienzersplitterung und damit Weimarer Verhältnissen, der dringende Wunsch bei den beiden großen Parteien, die Euro-feindliche Alternativpartei nicht kurzfristig zu stärken, und die deutliche Neigung deutscher Politiker zu stabilen Verhältnissen und nicht zu schmalen Mehrheiten wird binnen Monatsfrist zur Bildung einer neuen Regierung führen, deren Kanzlerin die Kanzlerin der scheidenden Regierung ist.

Kontinuität und die Wahl einer ruhigen Kapitänerie auch in stürmischer, aufgewühlter und unruhiger See, man denke an die Finanzkrise und deren Überwindung durch Haushaltsdisziplin und Konjunkturaneize, das scheint den aktuellen deutschen politischen und ökonomischen Zeitgeist im Kern zu charakterisieren. Womöglich aus diesem Grund kam der Wahlkampf vor der Bundestagswahl nie richtig in Fahrt. Kein Wunder, wenn die erfolgreiche Regierung weiterregieren möchte und die Oppositionsparteien mehrheitlich alle wesentlichen Entscheidungen der Regierung durch ihre Zustimmung gebilligt und mitgetragen haben. Es fehlten die Themen, die Parteien setzten auf Emotionen, und die Wähler honorierten die große Regierungspartei, der man die Überwindung der Finanzkrise bei stabiler Konjunktur und die Euro-Rettung gutschrieb.

Blieb der deutsche Bundestagswahlkampf eher blass, so brachte der Sommer 2013 in Europa und speziell in den deutschsprachigen Ländern helle Aufregung und weithin Empörung angesichts der Überwachungsprogramme der US-amerikanischen National Security Agency (NSA). Mit diesem Thema wollen wir uns im Folgenden auseinandersetzen. Im Vorgriff darauf bleibt nur noch festzuhalten, wie wenig dieses auch den unpolitischsten und zurückgezogensten Menschen in seinen Grundrechten und damit jeden entscheidend betreffende Thema den Wahlkampf bestimmte. Regierungs- und Oppositionsparteien fanden bei Prüfung der einschlägigen Akten ihren Anteil an Kenntnis, Duldung bis hin zu vertraglicher Zustimmung zu dieser Überwachung offensichtlich so hoch, dass bei Lichte besehen hieraus für einen Wahlkampf kein Kapital zu schlagen war. Verwunderlich - oder bezeichnend - nur, dass keine breite Gruppe von Geistesgrößen die Politiker in dieser alle betreffenden Angelegenheit zur Rede stellte und auf die Durchsetzung der Einhaltung des Grundgesetzes verpflichtete.

Überwachung

Im Frühjahr 2013 berichtete die Washington Post, dass sich die US-amerikanische Regierung über ihren Geheimdienst National Security Agency (NSA) mittels des Überwachungsprogramms Prism Zugriff auf Telefon- und Internetdaten verschafft. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 7. Juni 2013 antwortete Frank Rieger, Sprecher des Chaos Computer Clubs (CCC) auf die Frage, ob „sämtlicher Telefon- und Datenverkehr, den wir mit den Vereinigten Staaten pflegen, ... potentiell überwacht“ wird: „Von mindestens drei Geheimdiensten. Vom BND - die strategische Fernüberwachung -, dann wahrscheinlich von den Briten, weil dort die Leitungen durchgehen, dann noch einmal von den Amerikanern.“ Und bezogen auf die Daten von Internetunternehmen, führt Rieger ergänzend aus: „Chats, Videos, Fotos, Emails. Auch Skype ... Es geht um praktisch alle Inhalte, die über die Internetunternehmen kommuniziert werden. ... Der Zugriff auf die Informationen ist total.“ Zur Verarbeitung der unvorstellbar riesigen Datenmengen, Big Data genannt, die sich aus dem Telefon- und Datenverkehr ergeben, baut der amerikanische Staat in Utah derzeit das wohl größte Datenzentrum der Welt auf.

Derweil laufen in Europa Verhandlungen zur Datenschutznovelle. Inwiefern man angesichts von Big Data, Prism und weiteren nationalen und transnationalen Überwachungsprogrammen sowie Daten sammelnden, global agierenden Unternehmen und deren Zusammenarbeit mit Geheimdiensten noch von dem Schutz der Privatsphäre und von Datenschutz reden kann, bringt Hans Magnus Enzensberger in einem Fernsehinterview, aufgegriffen von der FAZ vom 19. August 2013, so auf den Punkt: „In jeder Verfassung der Welt steht ja ein Recht auf Privatsphäre, Unverletzlichkeit der Wohnung und so weiter. Das ist abgeschafft. ... Wir leben in postdemokratischen Zuständen.“

Zwischen Anfang Juni und Mitte August 2013 ging eine Welle der Entrüstung durch die deutsche Presselandschaft, beruhigend wirkten erst Nachrichten, denen zufolge die Bundeskanzlerin in einem Telefongespräch vom amerikanischen Präsidenten die Einhaltung des Grundgesetzes bei Abhöraktivitäten auf deutschem Boden verlangt hat. Nach und nach wurde aber bekannt, dass es seit Jahren Verträge über geheimdienstliche Kooperationen gibt. Es waren der in diesem Sommer bekannt gewordene unvorstellbare Umfang und das Ausmaß einer offensichtlich grenzenlosen Überwachung, die die interessierte Öffentlichkeit sensibilisierten und für Empörung sorgten. Dieser Empörung wird in schöner Regelmäßigkeit von Überwachungsbefürwortern mit dem Argument begegnet, die möglichst lückenlose Überwachung diene der Bekämpfung des Terrorismus. Indessen liegen noch keine Evaluationen von Terrorabwehrmaßnahmen vor. Auch scheinen verfassungsrechtliche Fragen etwa der Abwägung zwischen Maßnahme und Berührung der Privatsphäre bei der Totalüberwachung keine Rolle zu spielen. Teile der französischen Presse (etwa *Le nouvel Observateur* Nr. 2539 vom 4. Juli 2013) berichten über den Zorn derjenigen, die den USA entgegenhalten, unter dem Vorwand der Terrorabwehr auch und gerade Partner und Freunde auszuspionieren. Dass die angebliche Terrorabwehr - und dabei denkt jeder an den 11. September 2001 und die Twin Towers von New York - durch Ab-

hör- und Überwachungsmaßnahmen in Teilen ein Vorwand ist, belegt die Wochenzeitschrift durch Wiederabdruck eines Interviews aus dem Jahr 1998 mit Zbigniew Brzezinski, dem Sicherheitsberater des ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter, in dem Brzezinski freimütig bekannte: „Wir haben uns dafür entschieden, alles in Erfahrung zu bringen.“ Befragt, warum die USA zehn Jahre nach Ende des Kalten Krieges informationell-geheimdienstliche Supermacht sein wollten, antwortete Brzezinski: „Aus denselben und vielleicht noch mehr Gründen als vorher, Amerika hat weltweit Verantwortung und Interessen. Jede neue Tendenz, jede unvorhergesehene Bewegung auf der Erde können eine Auswirkung (impact) auf sein Wohlbefinden und seine Sicherheit haben. Es muss also die Fähigkeit haben, überall und über alles informiert zu sein, nicht nur über seine Feinde, sondern auch über seine Freunde. ... Technische Mittel wie Abhörmaßnahmen oder Bilder im Raum erlauben eine - nicht kompromittierende (sic) - systematische Erfassung von Informationen. ... Amerika hat sich dafür entschieden, sie einzusetzen.“ Auf die Frage, ob es nicht eine moralische Grenze gebe, vor allem, wenn es sich um befreundete Länder handelt, erwidert Brzezinski, dass sich die ethische Debatte seiner Ansicht nach nur bei der klassischen Spionage stellt, und er ergänzt: „Was ist die ethische Frage bei Abhörungen (écoutes) oder Fotos? Ist es unmoralisch, die Welt zu fotografieren?“ Der Gesprächspartner Vincent Jauvert insistiert auf dem moralischen Aspekt des Aushorchens von Diskussionen befreundeter Partner, etwa des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers; ob das seiner Ansicht nach moralisch genannt werden könne. Brzezinski geht auf die Moralfrage ein, indem er sie umkehrt: „Wenn die Konversation so ist, dass sie nicht wollen, dass wir den Inhalt kennen, ist es dann nicht unmoralisch, diese Diskussion zu führen? ... Nehmen wir doch einmal an, Deutschland und die USA diskutieren französische Interessen und die Art der Konversation wäre so, dass es uns sehr unangenehm wäre, wüsste Frankreich davon. Hätten die Franzosen dann unrecht, wenn sie herauszufinden trachteten, worum es geht, wäre das unmoralisch?“ (Übersetzung Jörg Wormer)

Tatsache ist also, dass spätestens 1998 bereits alles gesagt war: Die USA wollen alles wissen. Europa und Deutschland wusste das und musste davon ausgehen, dass die USA nach dem Trauma von 2001 diesen Weg der umfassenden Information eher forcieren und weiter technisch verfeinern denn reduzieren würden. Aus den Worten von Brzezinski war ein erstaunlich hoher Grad an Verletzlichkeit herauszuhören und hieraus folgend der unumstößliche Wille, alles zu tun, um nicht verletzbar zu sein. Die Verletzung von 2001 ist dann als Ursache und in dieser Perspektive folgerichtiger Handlungsschritt für den Bau des riesigen Datencenters in Utah zu sehen. Eher mit Unverständnis quittieren die USA daher europäische und zumal deutsche Empörung. Für die USA zählen Macht und Unverletzlichkeit, soweit möglich. Das Wohlergehen und geopolitische wie ökonomische Interessen stehen im Vordergrund. Dem werden offensichtlich individuelle Freiheiten untergeordnet. Das wird nicht verheimlicht, und dementsprechend wundern sich die USA über die europäische Empörung. Europa indessen ist seit dem Ende der Kolonialzeit und vor allem seit 1945 nicht mehr geopolitisch, sondern im Grunde idealistisch und philosophisch-individualistisch fundamentalfreiheitlich „gestrickt“.

Enzensberger hat in seiner fundamentalfreiheitlichen Perspektive vollkommen recht, wenn er konstatiert: „Wir leben in postdemokratischen Zuständen.“ In einer realpolitischen Perspektive ist indessen hinzuzufügen: Nicht nur. Freiräume bleiben immer, notfalls müssen neue Freiräume geschaffen oder essentielle Freiräume zurückgewonnen werden. Wer aber seine Privatsphäre im Internet preisgibt, ist selbst schuld; wer weiß, dass er potentiell immer abgehört werden kann, kann Gesprächsökonomie und Schweigen üben.

Ein heikles Thema ist die Unverletzlichkeit der Wohnung. Sie ist auch ein Grundrecht, aber alleine schon durch Abhören von Telefonaten und bestimmte Internetaktivitäten ausgehebelt. Der private Schutzraum Wohnung gehört zu den grundrechtlich geschützten Bereichen, die der Staat zu gewährleisten sich verpflichtet hat. Gegen Verletzungen dieses Raumes kann mit guter Aussicht auf Erfolg geklagt werden. Abhör- und raumbildliche Überwachung sind durch mobile Telefonie und etwa Google-View technisch leicht realisierbar geworden. Und bekanntlich wird das technisch Mögliche auch angewendet.

Die Welt bewegt sich damit auf einem schmalen Grat zwischen Überwachung aus Sicherheitsgründen für das Wohl der Menschen („Dieser U-Bahnbereich wird zu Ihrer Sicherheit videoüberwacht“) und Überwachung aus mutmaßlicher bzw. tatsächlicher Bedrohung eines sozioökonomischen Systems mit den unerwünschten Kollateraleffekten von Freiheitseinschränkungen und Grundrechtsverletzungen.

Wer bisher aber fatalistisch argumentierte, Big Data sei eben auch nur eine Datenmenge, wenn auch eine ungeheure, sollte die parallel verlaufende Verfeinerung der Analyseinstrumente nicht unterschätzen. Frank Schirrmacher zufolge (FAZ vom 9. Juli 2013) „werden Muster, die die ‚wahren‘ Kommunikationsabsichten und die Persönlichkeit des Betroffenen abbilden“, analysiert. Schirrmacher zitiert einen namentlich nicht genannten Google-Chef: „Wir werden die Antworten auf ihre Fragen kennen, ehe sie selbst die Frage wissen.“ Durch „Korrelation unzähliger Daten“ komme man auf die wahren Vorhaben der Menschen: „... sei es das Buch, das man als nächstes kaufen will, oder das Verbrechen, das man begehen könnte.“

Papst Franziskus

Der September 2013 wird in die Annalen der katholischen Kirche eingehen. Der menschnahe neue Papst Franziskus hat mit einem etwa zwanzigseitigen Text und anlässlich eines eingehenden Gesprächs mit Vertretern jesuitischer Zeitschriften aus sechzehn europäischen und amerikanischen Ländern am 19. September 2013 dafür gesorgt. Franziskus sieht „die Kirche wie ein Feldlazarett nach einer Schlacht“. Für den Moment stellt Franziskus kein Dogma der katholischen Kirche in Frage, betont aber, es sei nicht notwendig, permanent über dieselben Dinge zu reden: „Wir können nicht nur Fragen im Zusammenhang von Schwangerschaftsabbrüchen, gleichgeschlechtlichen Ehen und Verhütungsmitteln behandeln.“ Strukturelle Reformen bezeichnet der Papst als sekundär, die dringlichste Reform sei die der Seins-, der Lebensweise; Wunden müssten versorgt werden und die Kirche müsse ein neues - und das ist für ihn ein vorrangig - soziales Gleichgewicht finden, sonst falle das Moralegebäude der Kirche wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Es gelte, intellektuell fein zu analysieren und zu differenzieren; auch hätten echte und keine formalen Konsultationen Entscheidungen voranzugehen. An dieser Stelle setzt Franziskus Selbstkritik um; er spricht von einem ihm früher eigenen autoritären Wesenszug und seiner Neigung zu sehr raschen Entscheidungen. In diesen Punkten habe er sich indessen korrigiert. Mit am erstaunlichsten: „Die Kirche darf nicht reduziert werden auf ein Schutznest unseres Mittelmaßes.“ Ein Papst, der von der eigenen Mediokrität spricht, das nimmt ein.

Das neu zu findende Gleichgewicht der katholischen Kirche geht Franziskus in drei Anwendungsbereichen unmittelbar an: Er geht mit ausgestreckter Hand auf Homosexuelle, geschiedene Wiederverheiratete und Frauen, die eine Abtreibung hinter sich haben, zu. Diese Menschen mit der Kirche zu versöhnen, wird eine Jahrhundertleistung der katholischen Kirche sein. Ebenso wie der Abschied von einem dogmatisch-doktrinalen Sicherheitsdenken: „Wer im Übermaß doktrinale Sicherheit ... sucht, hat eine statische und keine evolutive Vision. ... Ist der Christ legalistisch oder sucht gar nach der Restauration, will er, dass alles klar und sicher sei, so wird er nichts finden. ... Es ist ein Irrtum, die kirchliche Doktrin als einen Monolith zu betrachten, den es nuancenlos zu verteidigen gilt.“ (Zitate aus den französischen Tageszeitungen *Le Monde* und *Le Figaro* vom 21. September 2013, Übersetzung Jörg Wormer)

All das liest sich wie ein Programm dieses Papstes, und es ist nichts weniger als ein Bruch mit Traditionen, die die katholische Kirche seit Jahrzehnten vielen Menschen lebensfremd hat erleben lassen. Ein äußerst mutiger und menschlicher Papst: Während alle Welt von ihm die Lösung von Vatileaks und eine institutionelle Neuordnung des Vatikans von ihm erwartet, weist Franziskus diesen Dingen den ihnen angemessenen, nämlich den zweiten Platz nach dem menschlichen Miteinander zu. Noch ist wenig zu hören, inwieweit Franziskus mit diesem zeitgemäßen und modernen Programm den heiligen Zorn der römischen Glaubenskongregation entfacht hat; auf dem Weg zum Menschen hat Franziskus schon jetzt Großes geleistet.

Sprachmomente

Informationsbürokratie

Eine Form von Umgang mit Inhalten verschiedener Themen - Informationen -, der zu einem historischen Zeitpunkt nach seinerzeit für entscheidend erachteten Kriterien festgelegt wurde und dessen dauerhafte, möglichst unveränderte Anwendung Systemsicherheit und geordnete Abläufe garantieren soll. Gefahr: Verselbständigung der I., z. B. wenn die festgelegten Handlungsprinzipien keine Entsprechung mehr in der Wirklichkeit finden, die die I. ja strukturieren soll. Wort mit leicht negativem Beigeschmack; neutrale Bezeichnung für I.: Informationsadministration; diese Bezeichnung signalisiert die Möglichkeit wie die grundsätzliche Absicht, den jeweiligen Kontext angemessen einzubeziehen.